

»» Materialien zur Entwicklungsfinanzierung



Nr. 2, 06. Mai 2019

Geflüchtete unterstützen, Aufnahmeregionen stabilisieren und Fluchtursachen entgegenwirken Die Antwort der KfW Entwicklungsbank auf Flucht und Vertreibung

Autorin: Dr. Léonie Jana Wagner-Purpura
Redaktion: Linda Ostermann und Susanne Brösamle

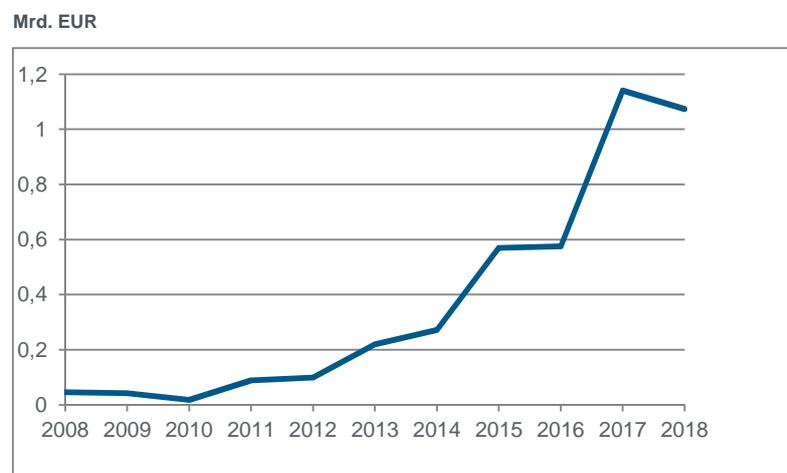
Weltweit sind derzeit ca. 68,5 Mio. Menschen auf der Flucht – der höchste Stand seit dem Zweiten Weltkrieg. Die meisten von ihnen bleiben in der Nähe ihrer Heimatregion. Entsprechend sind es vor allem Entwicklungsländer, die mit der Bewältigung dieses Phänomens konfrontiert sind: Sie beherbergen 85 % der internationalen Geflüchteten; rund zwei Drittel der Menschen auf der Flucht sind Binnenvertriebene innerhalb ihres Heimatlandes. Ein Großteil der Geflüchteten ist noch minderjährig. Als Antwort auf diese Herausforderung finanziert die KfW Entwicklungsbank im Auftrag der Bundesregierung Infrastruktur und Basisdienstleistungen für Geflüchtete und die aufnehmenden Gemeinden. Zudem unterstützt sie die Reintegration von Geflüchteten und die Bemühungen zur Beseitigung von Fluchtursachen.

4,1 Mrd. EUR für laufende Vorhaben mit Fluchtbezug

Vor dem Hintergrund der wachsenden Anzahl geflüchteter Menschen sind in der Finanziellen Zusammenarbeit (FZ) die Mittelzusagen der Bundesregierung für Vorhaben mit Fluchtbezug

in den letzten 10 Jahren deutlich gestiegen (siehe Grafik). Aktuell werden 128 Vorhaben in 29 Ländern bzw. Regionen mit einem Gesamtvolumen von etwa 4,1 Mrd. EUR finanziert, die Geflüchtete, Binnenvertriebene oder akut fluchtgefährdete Menschen sowie Mitglieder aufnehmender Ge-

FZ-Neuzusagen mit Fluchtbezug, 2008 – 2018



Quelle: Eigene Darstellung

meinden als Zielgruppe haben. Rund 1,1 Mrd. EUR davon sind Neuzusagen, die allein im Jahr 2018 getätigt wurden.

»» Stärkung der Rechte und Schutz von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund im Sudan



Das in Kooperation mit dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) umgesetzte Vorhaben verbessert den Zugang von Kindern und Jugendlichen zu formalen Bildungsangeboten in aufnehmenden Gemeinden durch den Bau von neuen Schulen und Maßnahmen zur Verbesserung der Bildungsqualität. Davon profitieren die Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund ebenso wie die ortsansässigen Kinder und Jugendlichen. In einer weiteren Komponente werden die Kinder und Jugendlichen über ihre Rechte informiert und für die Gefahren durch Verschleppung, Entführungen sowie Menschenhandel sensibilisiert.

Bedarfsgerechte Mittelverteilung: Krisenregionen im Fokus

Die von der Bundesregierung für die FZ bereitgestellten Gelder werden dort eingesetzt, wo der Unterstützungsbedarf für Geflüchtete und die aufnehmenden Gemeinden aktuell am größten ist: Ca. 60 % gehen in den Nahen und Mittleren Osten, insbesondere nach Syrien und in die Nachbarländer Libanon, Jordanien und den Irak. Etwa 15 % der Mittel kommen Geflüchteten in den Krisenregionen am Horn von Afrika bzw. in Ostafrika (v. a. Südsudan, Äthiopien, Kenia, DR Kongo) zugute. Darüber hinaus fördert die KfW Vorhaben mit Fluchtbezug in Westafrika (u. a. Zentralafrikanische Republik, Liberia), Asien (Afghanistan, Pakistan und Bangladesch), Europa (Ukraine, Türkei) und Lateinamerika (Kolumbien).

Not lindern: Schnelle Sicherung der Grundversorgung

In akuten Krisensituationen zielen die von der KfW unterstützten Vorhaben

vor allem darauf ab, die Lebensbedingungen der Geflüchteten durch Aufrechterhaltung bzw. Wiederherstellung von sozialer Grundversorgung (insbesondere Nahrungsmittelhilfe, Trinkwasser, Basisgesundheits- und Grundbildung) schnell und wirksam zu verbessern. Darüber hinaus geht es oft auch um den arbeitsintensiven, einkommensschaffenden Wiederaufbau von Basisinfrastruktur. Hierüber sollen die Lebensbedingungen vor Ort erträglicher gestaltet, Einkommen und Beschäftigung geschaffen und den Menschen damit eine Bleibeperspektive eröffnet werden. Ein Beispiel für das KfW-Engagement in einer akuten Krisensituation ist der im Jahr 2013 ins Leben gerufene „Syria Recovery Trust Fund“ (siehe Box).

Aber auch im Irak unterstützt die KfW im Auftrag des Auswärtigen Amtes den Wiederaufbau von Infrastruktur, seit der sogenannte Islamische Staat aus einigen Gebieten verdrängt wurde. Dazu gehören z.B. die Verbesserung der Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung sowie der Stromversorgung und der Rehabilitation von Brücken und Straßen. Langfristig trägt die KfW mit ihrem Engagement zu einer Stabilisierung vor Ort bei und leistet einen Beitrag zum Abbau von versorgungsbedingten Konflikten.

Da staatliche Strukturen in akuten Krisen oft nicht oder nur eingeschränkt handlungsfähig sind, kooperiert die KfW häufig mit alternativen Umsetzungspartnern. Ein wichtiger Partner im Kontext von Fluchtkrisen sind UN-Organisationen, die vor Ort meist über eine gute Infrastruktur verfügen und daher schnell wirksame Maßnahmen umsetzen können. Die KfW unterstützt die UN-Organisationen bei der Konzeption der Vorhaben (u. a. durch Einbeziehung ihrer technischen Sachverständigen), sorgt für eine unabhängige Überprüfung von Leistungen und Wirkungen und gewährleistet die Sichtbarkeit der deutschen Beiträge.

Beispiele für die erfolgreiche Kooperation mit UN-Organisationen sind u. a. Vorhaben zur Förderung von Bildung und Kinderschutz im Irak (UNICEF), die Verbesserung des Zugangs von Binnenvertriebenen zu einkommensschaffenden Maßnah-

men im Irak (UNDP) und multi-sektorale Maßnahmen zur sozialen und wirtschaftlichen Unterstützung von Geflüchteten in Äthiopien, Sudan und Uganda (UNHCR).

»» Syria Recovery Trust Fund (SRTF)



Der SRTF zielt darauf ab, in den von der moderaten syrischen Opposition kontrollierten Gebieten in Syrien über Stabilisierungs- und Wiederaufbaumaßnahmen eine Grundversorgung mit Basisdienstleistungen sicherzustellen (v. a. Gesundheit, Wasser, Energie, Nahrungsmittelversorgung). Wenn möglich werden lokale Dienstleister eingesetzt. Dadurch soll die Situation vor Ort stabilisiert werden, auch die akut fluchtgefährdete Bevölkerung soll auf diese Weise Zukunftsperspektiven im eigenen Land erhalten. Am SRTF sind inzwischen zwölf Geberländer beteiligt, die zusammen über 221 Mio. EUR beitragen.

Darüber hinaus arbeitet die KfW in diesem Kontext häufig eng mit lokalen und internationalen NROs zusammen. Diese genießen aufgrund ihrer meist langzeitigen Präsenz vor Ort das Vertrauen der lokalen Bevölkerung und haben etablierte Strukturen aufgebaut, über die sie auch kleinteilige Maßnahmen für Geflüchtete schnell und effizient umsetzen können. So wurden beispielsweise im Südsudan in Kooperation mit der französischen NRO ACTED Infrastrukturmaßnahmen zur Stärkung der Lebensgrundlagen in Gebieten mit vielen Binnenvertriebenen durchgeführt. Und im Libanon geht es in Kooperation mit den NROs International Rescue Committee und Norwegian Refugee Council darum, die Lebensbedingungen der syrischen Geflüchteten und Benachteiligten der aufnehmenden Gemeinden spürbar zu verbessern, indem u. a. sicherer und angemessener Wohnraum geschaffen und die kommunale Infrastruktur ausgebaut wird.

»»» Trinkwasser- und Stromversorgung für Geflüchtete und aufnehmende Gemeinden in Jordanien



Die KfW finanziert im Auftrag der Bundesregierung derzeit verschiedene Maßnahmen in Jordanien, dessen ohnehin kritische Wasser- und Stromsituation durch den hohen Bevölkerungszuwachs – v.a. Geflüchtete aus Syrien, aber auch Menschen aus dem Irak und den palästinensischen Gebieten – zusätzlich verschärft wurde. Hierzu zählen die Rehabilitation von alten Tiefbrunnen, der Transport des zusätzlichen Frischwassers in Städte mit besonders vielen Geflüchteten und die Verteilung innerhalb dieser Aufnahmegemeinden. Zudem finanziert die KfW in den Aufnahmegemeinden die Erweiterung von Abwassersystemen und Kläranlagen. Im Rahmen ihres laufenden Engagements in Aufnahmegemeinden kooperiert die KfW dabei auch mit der französischen Entwicklungsbank AFD und setzt ein gemeinsam finanziertes Wasser- und Abwasservorhaben in den Orten Irbid und Ramtha um. Um Wasserverluste zu verringern, engagiert sich die KfW ferner in verschiedenen Regierungsbezirken bei der Rehabilitation maroder Wasserleitungen, dem Austausch defekter Hausanschlüsse und Wasserzähler sowie der Stärkung des Betreibermanagements. Im Flüchtlingscamp Zaatari im Norden des Landes, in dem derzeit rund 80.000 Menschen leben, wurde eine Photovoltaik-Anlage mit mind. 10 MW-Leistung und geringen Betriebskosten gebaut. Dadurch wird die Belastung des Stromversorgungsnetzes in der Region insgesamt reduziert, so dass auch die aufnehmende jordanische Bevölkerung profitiert. Auch der CO₂-Ausstoß Jordaniens reduziert sich durch die Anlage deutlich, da weniger fossile Brennstoffe zur Energieerzeugung benötigt werden. Bis 2019 sollen zudem 600.000 Menschen in Jordanien von einer verbesserten Stromversorgung öffentlicher Versorgungszentren profitieren.

Partner stärken: Unterstützung der aufnehmenden Gemeinden

Fluchtkrisen sind erfahrungsgemäß langwierig – durchschnittlich vergehen 10 bis 15 Jahre, bis die Geflüchteten in ihre Heimat zurückkehren können.

Daher gilt es Lösungen zu entwickeln, die kurzfristige Hilfsmaßnahmen ef-

ektiv mit längerfristigen und strukturbildenden Ansätzen der Entwicklungszusammenarbeit verknüpfen.

Von besonderer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die Unterstützung der aufnehmenden Gemeinden, deren Versorgungsinfrastruktur durch die hohe Zahl an Geflüchteten oftmals sehr stark belastet wird. Die unmittelbare Folge sind überlastete Wasser-, Sanitär- und Energieversorgungssysteme, überfüllte Schulen und Gesundheitsstationen sowie knapper Wohnraum und steigende Mieten. Um die Aufnahmebereitschaft in den Gemeinden zu sichern und Konflikte zwischen der lokalen Bevölkerung und den Geflüchteten zu verhindern, müssen die Kapazitäten der lokalen Versorgungsinfrastruktur schnell auf das erforderliche Maß erweitert werden.

In der Ukraine arbeitet die KfW z.B. mit UNICEF zusammen und unterstützt den Aufbau integrativer sozialer Dienstleistungen auf kommunaler Ebene. Diese sollen sowohl Geflüchteten als auch der lokalen Bevölkerung zugutekommen. Außerdem wird die Verbesserung der Wasserversorgung unterstützt. All dies trägt zu einer Stabilisierung bei und mindert das Konfliktpotential zwischen Binnenvertriebenen und der einheimischen Bevölkerung.

Die KfW engagiert sich im Auftrag und mit Mitteln der Bundesregierung insbesondere in den besonders stark betroffenen Nachbarländern Syriens. Dabei wird – wenn möglich – mit staatlichen Umsetzungspartnern zusammengearbeitet, um diese in die Lage zu versetzen, die aufgebaute Versorgungsinfrastruktur auch selbst dauerhaft zu betreiben.

Rückkehr fördern: Investitionen in den Herkunftsregionen

Die KfW unterstützt auch die freiwillige Rückkehr und Reintegration von Geflüchteten, sobald die Sicherheitslage in den Herkunftsregionen dies zulässt. Die Reintegration ist eine enorme Herausforderung, da die oft traumatisierten Geflüchteten meist in zerstörte Regionen zurückkehren und dort zunächst kaum wirtschaftliche Perspektiven vorfinden.

»»» Rückkehr und Reintegration afghanischer Flüchtlinge



In Afghanistan leistet die KfW einen Beitrag zur freiwilligen Rückkehr afghanischer Geflüchteter aus Pakistan, indem sie deren Motivation zur Rückkehr stärkt und ihre Reintegration in Afghanistan unterstützt. Zur Vorbereitung auf eine dauerhafte Rückkehr nach Afghanistan erhalten die Geflüchteten in Pakistan Zugang zu Rechtsberatung, Berufsbildung und Gesundheitsversorgung. Bereits zurückgekehrte Geflüchtete in Afghanistan werden durch die Schaffung von Wohnraum und dazugehöriger kommunaler Infrastruktur sowie Aus- und Fortbildungsmaßnahmen unterstützt.

Für eine erfolgreiche Reintegration von Geflüchteten sind sowohl Anreize für die Rückkehr als auch verbesserte Lebensbedingungen in den Heimatländern erforderlich. Auch hier müssen Wirtschaftskreisläufe oft durch einkommens- und beschäftigungsschaffende Maßnahmen erstmal wieder in Gang gesetzt werden. Diesen Ansatz verfolgt z. B. ein FZ-Vorhaben zur Rückkehr und Reintegration afghanischer Geflüchteter in Pakistan (siehe Box). Ähnliche Maßnahmen zur Reintegration von Binnenvertriebenen und Geflüchteten finanziert die KfW in der DR Kongo und im Irak.

Fluchtursachen entgegenwirken: Prävention und Resilienz als übergeordnete Ziele

Einige der aktuellen Konflikt- und Fluchtursachen sind politischer Natur (z. B. staatliche Repression, Diskriminierung und Verfolgung, schwere Menschenrechtsverletzungen). Aber auch Naturkatastrophen und wirtschaftliche Perspektivlosigkeit können Menschen dazu bringen, ihre Heimat zu verlassen. Viele von der KfW unterstützte Vorhaben wirken den Flucht- und Migrationsursachen entgegen, indem sie auf den Abbau von Armut und Ungleichheit zielen (z. B. einkommensschaffende Maßnahmen, Entwicklung sozialer Sicherungssys-

teme), Good Governance und Transparenz fördern (z. B. Dezentralisierungsvorhaben) und Widerstandsfähigkeit (Resilienz) gegenüber Krisen aller Art stärken (z. B. Katastrophenvorsorge, Klimarisikoversicherungen).

»»» Regionalfonds zur Stärkung der Dürresilienz am Horn von Afrika



Die Vorhaben leisten einen Beitrag zur Stärkung der Dürresilienz der von Viehzucht lebenden Bevölkerung in Äthiopien, Kenia, Dschibuti und Somalia. Umgesetzt werden partizipativ ausgewählte Maßnahmen in den Bereichen Wasser- und Sanitärversorgung, ländliche Infrastruktur, Vieh- und Weidewirtschaft sowie alternative Einkommensmöglichkeiten und Basisdienstleistungen. Dadurch wird das Produktionssystem der lokalen Bevölkerung gestärkt, ihre Einkommensbasis diversifiziert und auch die Ernährungssicherheit in der Region langfristig erhöht.

Ein Beispiel für einen solchen Ansatz sind Maßnahmen zur Stärkung der Dürresilienz. Ausgangspunkt war die Dürre am Horn von Afrika im Jahr 2011, von der insgesamt 13 Mio. Menschen betroffen waren. Im Auftrag der Bundesregierung finanzierte die KfW zunächst sieben Nahrungsmittelhilfeprogramme, die mit Unterstützung des Welternährungsprogramms in fünf Ländern (Kenia, Äthiopien, Dschibuti, Uganda, Jemen) umgesetzt wurden. Von dieser kurzfristigen Hilfe profitierten 8,5 Mio. Menschen. Da es sich bei den Dürren am Horn von Afrika um ein wiederkehrendes Phänomen handelt, wurde auch ein längerfristiger Ansatz zur Stärkung der Dürresilienz entwickelt (siehe Box). Dieser soll auf der Grundlage einer verbesserten Nutzung der natürlichen Ressourcen (Boden, Wasser etc.) die Ernährungssicherheit von gefährdeten Gruppen nachhaltig erhöhen und damit letztlich verhindern, dass Menschen gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen.

Fazit: Ein breites Spektrum passgenauer Förderansätze für unterschiedliche Problemlagen

Von der kurzfristigen Unterstützung in Notsituationen und für akut fluchtgefährdete Menschen, der Unterstützung für Geflüchtete und aufnehmende Gemeinden bis hin zur Reintegration von Rückkehrern und der längerfristigen Bearbeitung von Flucht- bzw. Migrationsursachen verfügt die KfW Entwicklungsbank somit über erprobte Ansätze, um bedarfsgerechte Lösungen für unterschiedliche Herausforderungen umzusetzen.



Fotos

S. 01: KfW-Bildarchiv / Rüdiger Nehmzow
S. 02-04: KfW-Bildarchiv / photothek.net



Kontakt

KfW Bankengruppe
Geschäftsbereich KfW Entwicklungsbank
Palmengartenstraße 5-9
60325 Frankfurt am Main
Telefon 069 7431 -0
Telefax 069 7431 -2944
info@kfw-entwicklungsbank.de
www.kfw.de